



Verband beschlagnahmten Arbeitskräfte der Wirtschaft, welche die Vertragsparteien bei Abschluss des Reichsvertrages betreiben haben.

Da die Firma Wagner, Schuchardt Wolf u. Co., Sonderheimstr. 10 mit ihren Anträgen in vollem Umfang unterlegen ist, waren ihre die Kosten des Verfahrens aufzuweisen. (Unterschriften.)

## Die Vorbedingung des Weltfriedens.

Das Verbot des Völkerbundesstatut bringt nicht die Abschaffung des Militarismus, es sieht nur Einschränkung der Rüstungen und Wahrgeln zur möglichen Behütung von Kriegen vor. Nach wie vor soll es Armeen und Kriegsstellen geben, nur sollen sie nicht mehr so umfangreich sein als jetzt, und der letzten Jahrzehnte. Es ist jedoch sehr fraglich, ob das hinreicht, die Weltmoral für alle Zeiten abzuändern und so der Beschäftigung der Völker zueinander zur Barmherzigkeit und Achtung zu lassen.

Der Völkerbund und die Armeen und Kriegsstellen ist an sich eine Gefahr für den Weltfrieden; denn die Völkergeschichte beweist, daß die Gegenwart, einer kampfgeleiteten Weltmoral, die national-ethischen Spannungen ist, sowie daß die daraus resultierenden Spannungen und Reibungen zwischen benachbarten Völkern gerade jene Klimapläne des Weltfriedens und der Geschäfte erzeugen, die genau das Gegenteil dessen ist, was ein Völkerbund benötigt, um gesund und erfolgreich zu sein. Hier ist volle Klarheit nur und Entschlossenheit bis zur letzten Konsequenz! Es ist so, wie in den Kriegen der Welt vor dem Einbruch des Schweizer Völkerbundes-Frankeis gesagt wird: „Entweder man errichtet den Völkerbund, der imstande ist, die Rechte seiner Mitglieder auch außen und innen zuverlässig zu schützen, dann muß man jeden Appell an die Völker radikal ausschließen, indem man den Einzelstaaten die Unterhaltung von Truppenverboten verbietet. Dann muß man aber auch die Durchführung dieses Verbotes selbst sichern, indem man es selber durchsetzen wird. Dann muß man aber auch die Durchführung dieses Verbotes selbst sichern, indem man es selber durchsetzen wird.“

„In diesen Fällen würde der Militarismus nach wie vor herrschen. Jeder Versuch, aus Rücksicht auf Herkommen und nationalen Ehrgeiz ein Kompromiß zwischen Recht und Macht zu schließen, muß scheitern. Wenn Präsident Woodrow Wilson, Lord Cecil und andere Friedensfreunde in den westlichen Ländern sich für eine allmähliche Überwindung aussprechen, so haben sie wohl die Sache nicht recht bedacht. Eine allmähliche, schrittweise Überwindung ist ein Unbehagen. Entweder man errichtet den Völkerbund so, daß man Vertrauen in seine Wirksamkeit setzen kann, dann ist jede Behauptung überflüssig, insbesondere die geistliche, oder die Vertrauen ist nicht zu schaffen, dann muß die Errichtung des Völkerbundes, denn nur der vollkommene Verzicht auf alle Selbsthilfe, und folglich die sofortige, totale Überwindung des Völkerbundes, die Errichtung einer internationalen Rechtsordnung, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit eines Völkerbundes und damit den wahren, bleibenden Weltfrieden sicherstellen. Die demokratische Gestaltung der Armeen ist kein Mittel, um ihren Gebrauch zu eigenständigen nationalen Zwecken und zur Vergewaltigung anderer Völker zu vermeiden. Die Demokratisierung der Armeen würde sie nicht in Friedenszeiten zu weniger schwer erträglichen Überwachungen machen, als es die Armeen der Militäristen in die Hände der Vergewaltiger zu werfen, oder es ist zu behaupten, daß es schaden stiftet, wenn nach Recht geachtet, auch gelitten würde, die demokratische Armeen ihren Zweck erreichen zu machen; die allgemeine Weltfriedensfrage nach nicht einen Stand erreicht, der die Macht der Einzelstaaten und das unerschütterliche Kapazitätsvermögen an Kuratoren ausschließen würde.“

Eine weitere Frage ist die, ob der Völkerbund, wenn er gesunde kommt, zur Erzeugung der Durchführung seiner Verordnungen befähigt sein sollte, militärische Macht auszubilden. Verfügen die dem Bund angehörenden Völker über keine eigenen Armeen, so scheint eine solche Machtentwicklung seitens des Bundes überflüssig. Es wäre gewiß möglich, einzelne Völker, die sich den Bundesgesetzen nicht fügen wollen, durch Verhängung unangenehmer wirtschaftlicher Maßnahmen gegen sie zur Ordnung zu bringen. Das Schweizer Komitee zur Vorbereitung eines Völkerbundes meint zwar, militärische Aktion sei das sicherste Mittel, um jeden Widerstand gegen die Bundesgewalt zu unterdrücken. (Erklärungen des Komitees, Seite 57). Ferner aber militärischer Widerstand der Bundesmitglieder ausschließen ist, so erübrigt es sich auch, gegen irgend eines davon aus diesem oder jenem Grunde militärisch vorzugehen. Dann läge eine militärische Macht des Bundes nur gegen nicht-mitgliedliche Völker in Betracht. Es ist jedoch ungenügend, daß keines der Kulturvölker dem Bund fern bleibt, wenn er auf der Grundlage der Gleichheit, der Völker mit der gleichen Freiheit der Völker beruht. Die großen Kulturvölker Europas und Amerikas, wenn ihnen tatsächliche Gleichberechtigung gewährleistet wird. Die Behauptung von der „alten Welt“ ist nichts wie eine besondere Art der Völker- und Rassenverehrung.

Gegenwärtig dem Bund verbundene sogenannte „alte“ oder „alte Welt“ Völker (was übrigens ganz vage Begriff ist) würde gewiss eine sehr kleine bemerkenswerte Macht ausüben, die ohne jede Schwere aus Freiheit

ngen gestiftet werden kann. Deshalb sollte auch den Regierungen der gebildeten Staaten nicht die Möglichkeit der Restrukturierung gegeben werden, denn sie ist der schärfste Versuch gegen die Freiheit der Völker und sie ist nicht in einer Lebensnotwendigkeit der Völker begründet. Die Behauptung des Völkerbundes kann aus einem Berufsbezug bestehen, das vor allem diejenigen Männer in sich aufnehmen wird, die aus innerer Neigung (sei es körperlicher Eignung oder tatsächlicher Begabung) dem Soldatenberuf zustimmen. Die Vorteile eines ausgebildeten Volksheres gegenüber dem Berufsbezug sind übrigens lange nicht so groß als gewöhnlich behauptet wurde. In Europa wurden die Volkshere zu Heeresoffizieren, die Beherrschten zu Militäristen, denen andere als kriegerische Ziele unangenehm verloren gehen mußten. Je öfter sie es unternahmen, ihre „Macht“ zu betätigen, desto mehr überflüssig ist der mehrfach gemachte Vorschlag auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht als Ersatz für die in Wegfall kommende militärische Ausbildung.“ Die Völker, welche bis zum Weltkrieg ohne militärische Dienstpflicht auskamen, wie z. B. Amerikaner und Briten, waren in Bezug auf Körperkraft und Bildung keineswegs schlechter gestellt als die Militäristen. Körperkultur konnten sie ohne Zwang betreiben. Übrigens wird der Wert der Dienstpflicht für die Körperkultur meist ungenauer überschätzt. Die Einführung einer Wehrpflicht würde wieder bedeuten, daß viele Arbeitskräfte der Völker- und Beherrschten verloren gehen und daß der vererbliche Rassengeist weiter gestärkt würde. Das können freie Völker nicht wollen!

## Unheilvolle Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaftspolitik des alten Reiches, die von der Arbeiterschaft im allgemeinen wenig beachtet wurde, muß man nun als eine der Hauptquellen des Elendes erkennen. In das Deutschland hineingestürzt worden ist. Wir stehen vor einem vollständigen, wirtschaftlichen Zusammenbruch. Was man jetzt noch Wirtschaft nennen, ist ein schlecht vererbter Bankrott. Das vor dem Kriege mindestens noch nicht ärmste Volk der Welt geht nun mit einer Schuldenlast in die Zukunft hinein, die nicht nur die lebende Generation, sondern noch mehrere Nachkommengenerationen in schwere Tribulationen zwingt. Es bedeutet das die Arbeit, die von der heutigen, der nächsten und von noch einigen folgenden Generationen geleistet wird, ist jetzt schon zu einem Drittel oder zur Hälfte, wenn nicht noch stärker, zugunsten des Kapitals verplant. Es ist mühsam eine sehr hohe Erbschaft, die wir unseren nachkommenden Geschlechtern hinterlassen. Umso mehr muß es nun unsere Pflicht sein, den Ursachen des unheilvollen Geschehens nachzugehen. Sind die treibenden Kräfte erkannt, dann lassen sich auch Maßnahmen finden, um die Folgen der Ursachen wenigstens abzumildern, neue Katastrophen zu verhindern.

Neben nur einigermaßen politisch orientierten Menschen — nicht nur Sozialisten — ist heute zur Erkenntnis gekommen, daß der eigentliche treibende Faktor zum Kriege die kapitalistische Wirtschaftsweise selbst war. Will man daher wirklich weitere Kriege verhindern, so muß die Forderung lauten: Umgestaltung dieser Wirtschaftsordnung! Die Forderung allein ist jedoch die alte Wirtschaftsordnung nicht veränderbar. Sie ist eine im ganzen Wirtschaftswesen, in den Lebensbedingungen der Völker verankerte Macht. Eine Macht, deren Kräftequelle die Sonderrechte und Vorteile sind, die sie einem Teil des Volksganges einräumen. Auf Grund der kapitalistischen Wirtschaftsweise verfügt dieser Teil über alle Produktionsmittel. Damit ist er gleichzeitig Inhaber der öffentlichen Gewalt. Wie wahr das ist, kann man aus dem bisherigen Verlauf der Revolution erkennen.

Im November 1918 glaubte das Proletariat, es sei Herr der Situation, es habe die politische Macht in Händen. Es unterließ das Notwendige: die totale Beseitigung des Militarismus, die politische und wirtschaftliche Fortschrittlichkeit der Kapitalisten. Jetzt, nach 6 Monaten, läßt das Kapitalistentum die Arbeiter durch Soldatentruppen, Belagerungszustand, Standrecht, Kriegsgerichte, Granat-, Maschinen-, Gewehre, mit dem gegenwärtigen Kriegszug zu bringen, was Herr im Lande ist. Von den so vielgerühmten Urungsformen der Revolution ist nur noch etwas Dekoration übrig geblieben.

Die Arbeiterschaft mag aus den Vorgängen erkennen, daß zur Enttarnung der kapitalistischen Diktatur mehr gehört als eine Militärrevolte, mehr als eine Nationalversammlung; es gehört dazu ein zettler Rampf gegen die bier Bevormundeten, ein hartes Ringen mit den alten Gewalthabern um die endgültige Herrschaft.

Dieses Ringen muß Jahre dauern. Und die jetzigen Inhaber der Regierungsgewalt zeigen allzuviel Reue. Die Wirtschaftspolitik fortzuführen, der wir zum guten Teile das Hineinreiben in den Krieg und die jetzige niederdrückende Lage des deutschen Volkes verdanken.

Dem Drängen der Agrarier nachgebend, betrieb Deutschland mit dem hochgradigsten Interesse am Jahre 1906 eine Wirtschaftspolitik, die den Arbeiter in verächtlichem Maße zum Ausbeutungsgesetz machte, und die uns gleichzeitig in der Welt isolierte, eine Reaktion mächtiger Staaten gegen Deutschland herbeiführte. Der Zolltarif im Jahre 1906 erhöhte fast alle landwirtschaftlichen Sätze, die für Brotgetreide von 35 auf 50 resp. 55 M. Dadurch wurde die Einfuhr von Getreide aus Ausland nach Deutschland sehr erschwert. Das nicht allein. Durch technische Fortschritt gabte Deutschland auf Getreide sogar ein Ausfuhrverbot in Höhe des Zolltarifs. Die Folge davon war, daß die Erzeugung von Roggen in Deutschland fast zum Stillstand kam, und nur noch Roggen ausfuhrten, als nach Deutschland herbeizogen. Man darf den hohen Zustand: ein Dorn, das auf eine harte Zukunft von Lebensmitteln angewiesen ist, was allen auch erheblichen Mengen

von Getreide vom Auslande herbeizuführen muß. Man aus. Und dieser Roggen ging nach Russland. Deutschland auf die Löhne 50 M. Ausfuhrverbot konnte deutscher Roggen, auf Kosten deutscher Steuerzahler in Russland nach unter dem dortigen Marktverwert werden. Und der russische Roggen, der nach Deutschland herbeizuführen mußte, wurde ein Zoll von 50 M. zuzüglich der deutschen Steuerzähler kostete die Liebesgabe an die Russen in den Jahren vor dem Kriege durchschnittlich 100 M. Mark.

Diese tolle Wirtschaftspolitik vererbte in Deutschland noch heute. Und doch dieses Land auf die Einfuhr von Getreide aus dem Ausland, um durch den Export von Agrarprodukten die Einfuhr unentbehrlicher, in Russland nicht zu findender industrieller Erzeugnisse zu decken.

Russland trotz seiner Gegenmaßnahmen. Wer allen es sich gegen die Schmutzindustrie der durch den Export von Agrarprodukten erzielten Einfuhr deutscher Roggen zu danken hat, der hat die Einführung der Einfuhr von Getreide aus dem Ausland nicht aufgegeben. Die Erleichterung kam den Chausseuren, Petersburg. Diese sie begünstigte deren Anträge. Die Kriegsstimmung gegen Deutschland hatte einen hohen Nährboden, der Rüstungswahnsinn konnte sich gleichzeitig wurde Russland an die Seite Englands und Frankreichs getrieben. Den Grundzug zur Entlastung Front gegen Deutschland, hat der Zolltarif von 1906 gelegt.

Die Agrarier begründeten ihre Forderungen mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, nach zwei Wirtschaftsjahren zu rüsten. Die deutsche Landwirtschaft ist stark gemacht worden — durch die Gewährung hoher Preise —, daß sie im Kriegsfall das Volk mit heimischen Erzeugnissen ernähren könnte. Der Zolltarif brachte nun Deutschland tatsächlich in die Zange, nach zwei Jahren Krieg zu führen, einen Krieg, den deutsche Generäle propagierte, in der Annahme, durch den Krieg im Jahre 1914 die Fälligkeit der russischen Kriegsvorbereitung führen zu können und die Sicherheit eines Stepes in der Hand zu haben.

Die verhängnisvolle Rolle, die die agrarische Wirtschaftspolitik für das Schicksal Deutschlands gespielt hat, liegt klar zutage.

Trotzdem wollten die Agrarier Deutschland erneut den alten, vererblichen Weg zwingen. Wie der Kriege, so erklärten sie auch während der Kriegsjahre agrarische Wirtschaftspolitik habe sich bewährt, und glauben sie es recht belohnen zu können, Deutschland eine Agrarpolitik betreiben, die uns vom Auslande unabhängig mache. Die alte Zollpolitik soll verfestigt werden. Da, wie gesagt, die letzte Regierung sich für Argumente genügt zeigt, vorwiegend aus finanziellen Gründen, ist es angebracht, das Volk auf das Verhalten solcher Politik besonders aufmerksam zu machen, ist ein Punkt, an dem die Arbeitsorganisationen der Arbeiter einsehen müssen, hier gibt es wirtschaftliche und soziale Interessen der Arbeiter zu schützen. Entschlossenem Kampf jede Art von — Schutzpolitik.

## Es kommt der Tag.

Harte Bedingungen haben die Feinde unserer Revolution auferlegt. Man will es wirtschaftlich niederdrücken auf Zeit, seine freie wirtschaftliche Entwicklung zurückdrängen, mit es wenig schreitet in langsameren wirtschaftlichen Schritten voran. Können sie das? Können sie die Menschen und die Welt, die Entwicklung hemmen, die aus ewigen Geboren ist und elementar ist in ihrer Art und Wirkung?

Wie war es mit uns? Mit der Bewegung des proletarischen Volkes, als auch unsere Enttarnung imperialer Macht zu hemmen suchte? Blicke wir kein, kein, kein unser Aufstieg? Oder waren wir es nicht, die jene imperialistische Diktatur für ewige Zeit festigten?

Das einzige herrschende Gesetz der Welt ist das der Entwicklung, eine ewige, unabänderliche, gemächliche gegen die abwärtsgerichtet ist der Mensch, und wenn er sich zu mächtig dünkt. Aufhalten kann er die wohl auf dem Wege, doch sammelt sie dann vor dem Hemmen der mende Energie, um mit elementarer Gewalt, wenn sie mit aufgespeicherter Kraft dann um so schneller zu ihren natürlichen notwendigen Weg.

Das Prinzip der Entwicklung aber ist das Streben Freiheit der Persönlichkeit in einer Einheit. Darum immer größer der Persönlichkeitskampf, darum immer ber der Preis des Zusammenlebens. Und was ist es in der Bewegung des arbeitenden Volkes auch mit uns das auch wir erstreben in unserem Gewerkschaftskampf? wollen wir sein, körperlich, geistig und sittlich, eine freie Persönlichkeit, nicht nur politisch, auch in unserer Arbeit, die Kernpunkt unseres Daseins bildet. Und diese Freiheit nur bestehen in einer auf Freiheit gegründeten harmonischen Einheit. Und weil wir somit in unserem Kampf die Träger der weltlichen, Entwicklung sind, so sind wir, im Gegensatz zu jenen unvollständigen Leugnissen ihrer eigenen Faktoren zu, Entwicklung.

Und wie wir, so führen unsere Brüder in den anderen Ländern auch ihre gemeinschaftlichen Kämpfe, alle um eine gleiche Ziel, und alle bereit verlassen wir die Bewegung des einen gleichen Prinzipes der Einheit in der auch im Zusammenleben der Völker. Und wenn der Sozialismus dem gegenüber, wenn er die Macht will, das Reiches, die Macht hat das Streben und das Streben, wird auch die Entpöndung und Enttarnung, auf die unerschütterliche Überzeugung von der Notwendigkeit einer Weltlichen und unseren Arbeitsbrüdern überall auf dem Gebrauche und weiter machen das Streben und das Streben zu sein, einmündig die unerschütterliche Entwicklungsgewalt, die

\*) Bericht vom 1. März 1918, S. 10.

\*) Bericht vom 1. März 1918, S. 10.



